

Ercheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.
Verantwortlicher Redacteur:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
In der Reichsdruckerei...

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 295

Mittwoch den 22. October 1879.

73. Jahrgang.

Auflage 16,000.
Abonnementpreis viertel 4/4, halbjährlich 8/8, jährlich 16/16.
Einzelnummer 25 Pf.
Jahrespreis 30 Pf. Postgebühren 3 Pf. inlands, 4 Pf. auswärts.
Redaction unter dem Reichsanzeiger...
Verlag: Druckerei des Reichsanzeigers...

Bekanntmachung.

Dem zeitweiligen Rathspräsidenten
Herrn **Richard Otto Baumemann**
haben wir, nachdem derselbe die zur Ertragung eines selbständigen Richteramtes erforderliche Staatsprüfung mit Erfolg bestanden hat, den Titel als **Rathspräsident** verliehen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Salisbury.

In Uebereinstimmung mit den Erklärungen Lord Salisbury's und den publicistischen Mittheilungen, die von officieller Stelle am 17. October in London veröffentlicht worden, ist es nicht zu verwundern, dass die öffentlichen Meinungen in England gegen die Annahme der Allianz mit Oesterreich-Preussen sich entschieden ausgesprochen haben. Die öffentliche Meinung in England ist in dieser Hinsicht entschieden. Die öffentliche Meinung in England ist in dieser Hinsicht entschieden. Die öffentliche Meinung in England ist in dieser Hinsicht entschieden.

Urtheil über Russland. Wir haben den Verdacht, dass der Kaiser von Russland, wenn die europäische Lage noch dieselbe wäre, wie vor einigen Monaten. Aber der Kaiser hat sich jetzt anders geäußert, er hört neben sich das Wort des schroffen Ton gegen Russland erklärt sich leicht aus der Art, wie Salisbury die Nachricht von der Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich — er spricht bezeichnenderweise von einem Schutz- und Trutzbündnisse — in seiner Rede erwähnt. Er nannte die Nachricht eine gute und freudige Botschaft und gab ihr eine indirecte Befestigung, indem er zweimal wiederholte, die Vorgänge der letzten Wochen berechtigten zu dem Glauben, Oesterreich würde nicht allein stehen, falls es angegriffen werden sollte. Salisbury's Rede beweist, dass England nur darauf wartet, sich Deutschland und Oesterreich anzugesellen. Sie ist ein neues Zeugnis für den Umschwung in den europäischen Verhältnissen. Nicht ohne großes Bedenken hat — wie uns versichert wird — Kaiser Wilhelm sich bewegen lassen, in die neue Wendung der Dinge zu willigen, die zu der Allianz mit Oesterreich geführt hat. Aber der Uebermuth und die Heißhunger nach Raub waren so weit gegangen, dass die Selbstachtung Deutschlands nöthigte, auf seine eigene Sicherheit bedacht zu sein. Der große Kaiser hat durch seine Entschliessung einen neuen Beweis seiner Selbstüberwindung und ein Zeugnis dafür gegeben, dass er eifrig bemüht ist, wie sein großer Ahnherr der erste Diener des Staates zu sein.

Politische Uebersicht.

Salisbury, 21. October.
Fürst Bismarck versteht es meisterhaft, à deux mains zu arbeiten, indem er bald seine innere, bald seine äußere Politik in den Vordergrund des Interesses schiebt. Die von ihm dem Bundesrath gemachten Eröffnungen über die Wiener Abmachungen sollen, wie es scheint, noch lange Zeit alle Welt beschäftigen; die Verhandlungen mit der Curie dagegen dürften sobald noch nicht an das Tageslicht gezogen werden. Von jenen Mitgliedern des Bundesrathes, welche nicht zum Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten gehören, werden, wie man aus Berlin schreibt — Jusef darüber erpob, dass in der nächsten Sitzung der Stellvertreter des Reichskanzlers auch über den Stand der kirchlich-politischen Verhandlungen mit Rom interpellirt worden sei. „Die Jusef sind — so versichert unser Correspondent — in der That begnügt, wie wir übereinstimmend von anderer Seite vernahmen. Dennoch dürfte es auch richtig sein, dass eine die Revision der Kirchengesetze betreffende Regierungsvorlage nicht an den Landtag gelangen werde. Ultramontane Abgeordnete versichern dagegen, dass das Inkonsistenz eines modus vivendi zwischen Berlin und Rom schon in den nächsten Wochen zu erwarten steht. Wie man in den nächsten Wochen zu erwarten sieht, werden diese Nachrichten an die Adresse der Conservativen gerichtet, die bedenkliche Regungen zeigen sollen, die Allianz mit dem römischen Kaiserthum anzunehmen und die Präcedenzen aus den Reihen der Conservativen und Liberalen zu entnehmen. Diese Mittheilungen werden mit großer Reserve anzunehmen sein. Bedenklich spricht nichts dafür, dass die Conservativen als Präsidenten Herrn von Bennigsen wählen, und noch weniger, dass dieser die Wahl annimmt.“ Diese Auffassung wird aus anderer Seite bestätigt. Man schreibt uns wie folgt: „In den Blättern wird die Frage über die künftige Besetzung des Präsidiums in Abgeordnetensachen bereits lebhaft erörtert. Unseres Wissens haben irgend welche Verhandlungen und Besprechungen von mehr als ganz privater Natur über diese Angelegenheit noch nicht stattgefunden und können nicht wohl stattfinden, ehe eine größere Zahl von Abgeordneten sich in Berlin eingefunden hat. Ramenthaler hat, wie die „Zeitung“ bestätigt, die Conservativen, die doch in dieser Frage den Ausschlag geben, derselben noch nicht näher getreten. Die Präsidentschaft Bennigsen's kommt uns bei der Zusammensetzung dieses Abgeordnetenhauses nicht gerade wahrscheinlich vor, und selbst wenn die Conservativen darauf eingehen wollten, können wir gegen die Annahme einer solchen Wahl dieselben Gründe zu sprechen, welche

Herrn v. Fandenbed im vorigen Reichstag zur Niederlegung seines Amtes bewegen haben.“ Die königliche Cabinetordre, durch welche der preussische Landtag einberufen wird, trägt die Unterschrift des Reichskanzlers nicht, weil Fürst Bismarck sich mit unbestimmtem Urlaub in Barmen befindet. Gegenwärtig ist dieselbe von dem Stellvertreter des Fürsten im Präsidium des Staatsministeriums, dem zukünftigen „Vizekanzler“ Grafen Stolberg-Wernigerode. Die Publication erfolgt in der „Gesamtsammlung“ erfolgt, der Wortlaut folgender: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. verordnen in Gemäßheit des Artikels 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 28. October d. J. in unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigebrachtem königlichen Insignel. Gegeben Baden-Baden, 15. October 1879. (L. S.) Wilhelm.“ Das deutsche Reich hat einen seiner hervorragenden Beamten, der Reichskanzler einen seiner fähigsten Räthe und Se. Majestät der Kaiser einen treu ergebenen Diener verloren. Der Staatssecretar des Auswärtigen Amtes, Staatsminister von Bülow, ist am Montag Nachmittag 3 Uhr in Frankfurt a. M. in Folge eines Schlaganfalls plötzlich verstorben. Wie bekannt, befand sich der hochverehrte Staatsmann auf einer Reise nach dem Süden, um für seinen durch eine anstrengende Sommercur viel geschwächten Kräftezustand an der Küste des Mittelmeeres Ruhe zu suchen. Die Bescheidungen der Reise scheinen das Maß seiner Kräfte überfordert zu haben. Nachdem der Tod am Sonntag in Frankfurt a. M. eingetreten war, meldete ein Telegramm vom Montag Morgen, dass er plötzlich „schwer erkrankt“ sei; späteren Mittheilungen zufolge war ein Hirnanschlag eingetreten. Die Gattin und die Söhne des hoffnungslos darniederliegenden Ministers, dem der Anfall sofort Sprache und Bewusstsein geraubt hatte, besahen sich um ihn. Se. Majestät der Kaiser in Baden-Baden wurde alsbald von dem Zustande des Patienten unterrichtet und zog telegraphisch Erklärungen über dessen Befinden ein. Ein am Spätnachmittage eintreffendes Telegramm meldete den inzwischen erfolgten Tod des trefflichen Mannes. Das Reich verlor in dem Verstorbenen einen unerwähnten, pflichterfüllen, treuen Diener, der bei Allen, die in Beziehung zu ihm getreten, rückhaltlos Verehrung gefunden und der es bis ans Ende seiner Kräfte redlich erfahren hat, wie der öffentliche Dienst in unserer Zeit die Kräfte derjenigen verdraucht, die sich ihm in hervorragender Stellung weihen, zumal an dem Plage, wo der Verstorbene stand! Sein Andenken wird allezeit bei allen Parteien in Ehren gehalten werden; möge ihm die Erde leicht sein!

Der Pariser Telegraph war gestern eifrig damit beschäftigt, in alle Welt hinauf zu melden, dass das Cabinet Waddington fest im Sattel läge. Schon neulich brachte der „Figaro“ die Mittheilung, dass Präsident Grevy mit dem Gedanken umgehe, so bald wie möglich sein jetziges Cabinet durch ein conservativeres zu ersetzen, und nannte als die zukünftigen Minister Saint Hallier (heute Vizepräsident in Berlin), von Rouvoix (den ehemaligen Polizeipräsidenten) u. Von den jetzigen Ministern würde nur Freycinet im Amte bleiben, weil man hoffe, dass derselbe die Neutralität Gambetta's sichern werde. „Figaro“ fügte noch hinzu, dass Jules Simon später Saint Hallier, der das Ministerium des Aeußeren erhalten solle, ersetzen werde. Diese Mittheilung ist aber, wie auch die „Rein Big.“ aus Paris meldet, gänzlich unbegründet. Der Präsident Grevy denkt nicht im Mindesten daran, seine Minister zu wechseln, sondern verlangt nur von denselben, mit größerer Enschlossenheit gegen die Communes sowohl als gegen die Royalisten und Bonapartisten vorzugehen. Der Präsident wurde zu diesem Auftritte bestimmt, weil ihm von allen Punkten Frankreichs Berichte zugehen, welche das neutrale Verhalten der Regierung gegen die communistischen und antirepublikanischen Kundgebungen beklagen. Die Absicht des Präsidenten, mit Strenge nach rechts und links vorzugehen, stieß im Ministerrath auf einigen Widerstand, doch beiseitigte er diesen mit der Erklärung, dass, wenn die dem Lande versprochenen Reformen durchgeführt werden sollten, vor Allem Jenen entgegenzutreten sei, welche die gegenwärtigen Staatseinrichtungen Frankreichs stützen wollten und deshalb zu allen möglichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen. Der Präsident betonte dabei, dass die Antirepublikaner mit den Communisten sich bei ihren verbrecherischen Plänen gegenständig unterstützen. Dieses entschiedene Auftreten verdient alles Lob; es wird sicherlich dazu beitragen, das Vertrauen in den Bestand der Republik zu stärken. Ein tapferer Soldat ist nicht immer ein tactvoller und kluger Diplomat. Das peinliche Aufsehen, welches die vom Pariser „Figaro“ veröffentlichte Unterredung des italienischen Generals Cialdini mit einem der Redacteure des Blattes in politischen und diplomatischen Kreisen erregt, möchte den bisherigen italienischen Votschafter in Paris belehren, dass er mit seinen (von uns bereits erwähnten) „Entwaffnungen“ einen argen Fehler begangen hat. Ueberdies dürfte der General, der anscheinend seine Antipathie gegen Deutschland so offen zur Schau getragen hat, vom Auswärtigen Amte in Rom belehrt worden sein, dass es nicht zu den diplomatischen Bräuden gehört, behufs Popularitätshocherei die guten Beziehungen des eigenen Landes zu einem befreundeten Staate zu schädigen. Jedenfalls könnte werden, dass es sich für einen Diplomaten seines Ranges kaum empfiehlt, der Regierung, bei welcher er beurlaubt ist, rückhaltlos Heres-folge zu versichern. Der Misserfolg Italiens in der ägyptischen Frage könnte denn auch mit Recht gerade auf diesen Mangel an Initiative und Selbstständigkeit zurückgeführt werden, welchen der bisherige italienische Votschafter an den Tag gelegt hat. Nun versichert, wie der „R.-A.“ aus Paris gemeldet wird, General Cialdini auf Bestimmung, die Erzählung des „Figaro“ über seine Unterredung sei zu drei Viertel erwunden. Er habe mit dem betreffenden Berichterstatter, der sich unter einem Vorwande bei ihm eingeführt habe, kaum zehn Minuten lang gesprochen; auch lege ihm derselbe keine Ausfertigungen in den Mund, die zu ihm nicht in den Sinn gekommen sei. Da der Votschafter zugestimmt, mit dem Redacteur des „Figaro“ eine Unterhaltung gepflogen zu haben, so muß es ihm überlassen bleiben, selbst seine Ausfertigungen richtig zu stellen. Der ganze Vorgang erscheint für einen hohen Diplomaten zum Mindesten als eine große Ungeheuerlichkeit. Die italienische Regierung scheint mit ihren diplomatischen Vertretern überhaupt wenig Glück zu haben. Wie aus Pest, und zwar aus guter Quelle, verlautet, ist man am Hofe in Wien darauf gefaßt, dass das römische Cabinet seinen Votschafter am Wiener Hofe, Grafen Robilant, von seinem Posten abberufen werde. Einem diplomatischen Rath zufolge will man in dortigen Regierungskreisen wissen, daß die italienischen maßgebenden Kreise ihren Karger über den erwähnten Zwischenfall gelegentlich der Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Wien noch immer nicht verwunden haben; Graf Robilant soll zum Opfer der Bestimmung der italienischen Diplo-